

# Eine gute halbe Million fehlt zum Ausgleich

Simmerather Gemeinderat beschließt Haushaltsplan für 2019. Finanzplanung sieht „schwarze Null“ für Jahre 2020 bis 2022 vor.

**SIMMERATH** Die Gemeinde Simmerath wird das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 544.600 Euro abschließen. Dies geht aus dem Haushaltsplan 2019 hervor, den der Gemeinderat am Dienstagabend mit großer Mehrheit verabschiedete. Lediglich die beiden Vertreter der UWG votierten gegen den vorgelegten Entwurf.

Kämmerer Bruno Laschet hatte den Haushaltsentwurf Anfang Dezember dem Haupt- und Finanzausschuss vorgelegt, das gleiche Gremium hatte dazu in seiner Sitzung am 5. Februar beraten und Änderungswünsche vorgetragen. In einem interfraktionellen Gespräch mit der Verwaltung vergangene Woche hatten CDU/Grüne, SPD, UWG und FDP ihre Änderungsanträge nochmals erörtert und teils Lösungen und Kompromisse erarbeitet. Während die SPD in der Folge „aufgrund einer insgesamt zufriedenstellenden Finanzsituation“ und trotz Ablehnung einiger ihrer Anträge dem Haushaltsplan dennoch zustimmte, beharrte die UWG auf ihren Änderungswünschen und lehnte die Finanzplanung insgesamt ab. Eine Diskussion zu den Änderungsanträgen gab es im Rat am Dienstagabend dann nicht mehr. Es blieb bei den Stellungnahmen der fünf Fraktionssprecher.

## CDU: Attraktiver Standort

Dass es im laufenden Jahr noch nicht zum Haushaltsausgleich langt, liegt für CDU-Fraktionschef Christoph Poschen an der nach wie vor zu geringen Ausstattung der Kommunen mit Mitteln des Landes und des Bundes. „Dies fordern wir immer wieder hartnäckig ein – unabhängig davon, wer in Land oder Bund Verantwortung trägt“, sagte Poschen, der auch ein strengeres Wirtschaftens seitens der Städteregion und anderer Umlageverbände anmahnte, an die Simmerath deutlich zu hohe Beiträge abführen müsse.

Gleichwohl dürfe man in Simmerath von stabilen Verhältnissen sprechen, was einer guten Konjunktur, aber auch der Attraktivität Simmeraths als Wohn- und Gewerbestandort geschuldet sei. Christoph Poschen verwies auf die niedrigen Steuer- und Gebührensätze und steigende Einwohnerzahlen, die keineswegs selbstverständlich seien, wie man in den Nachbarkommunen sehe. Mit einer vernünftigen Politik werde man nach Lage der Dinge 2020 die „schwarze Null“ auch ohne Steuererhöhungen erreichen, „das ist eine tolle Perspektive für die Zukunft“, sagte der Unionssprecher. Auch wenn die Gemeinde dann immer noch nicht schuldenfrei sei, sei doch hervorzuheben, „dass in der Dekade zwischen 2013 und 2022 langfristig Verbindlichkeiten von 13 Millionen Euro abgebaut werden können“, rechnete Poschen vor.

**„Dies fordern wir immer wieder hartnäckig ein – unabhängig davon, wer in Land oder Bund Verantwortung trägt.“**

**Christoph Poschen, CDU Fraktionschef, zur Verbesserung der finanziellen Ausstattung der Kommunen**



Weitestgehend Einigkeit herrschte bei den Haushaltsberatungen der Gemeinde Simmerath in der Frage, ob mehr Geld für die Instandsetzung und -haltung von Gemeindestraßen ausgegeben werden soll. Die lange Prioritätenliste mit vielen schadhafte Straßen (wie hier im Lammersdorfer Kämpchen) veranlasst die Politik, hier noch tiefer in die Tasche zu greifen.

FOTO: HEINER SCHEPP

Bei allem Schuldenabbau sei es aber dennoch wichtig, die Weiterentwicklung der Gemeinde tatkräftig anzupacken, meinte der Fraktionsvorsitzende und listete die Realisierung von Baugebieten in Lammersdorf, Simmerath und Steckenborn, Investitionen in die Schulen, das Feuerwehrgerätehaus Rollesbroich, das Toilettenhaus am Bushof Simmerath und die Gebäudeunterhaltung auf. Am Herzen liege der CDU auch die Straßenunterhaltung, weshalb man in Absprache mit den übrigen Fraktionen den Ansatz für das Instandsetzungsprogramm auf 250.000 Euro – plus 50.000 Euro für

Wirtschaftsweg – angehoben habe. Nach dem sehr günstigen Ausschreibungsergebnis für das im November beschlossene Instandsetzungsprogramm könnten

weitere Maßnahmen der Prioritätenliste in Höhe von 50.000 Euro realisiert werden, hofft die CDU. Ablehnend äußerte Christoph Poschen sich für die CDU zu weiteren Anträgen von SPD und UWG. Die bauliche Verbesserung von Langschoß sei ebenso unabdingbar wie die Förderung des Radtourismus am Rursee. Und eine Unterstützung der Familien bei den OGS-Beiträgen sei zwar sicherlich sinnvoll, müsse aber zunächst intensiv im Fachausschuss beraten werden, meinte Poschen.

Der CDU-Sprecher sprach abschließend von einem „Haushalt, der solide aufgestellt ist, und dankte der Verwaltung „für ihre gute Arbeit“.

## SPD: Positive Entwicklung

SPD-Sprecher Gregor Harzheim sprach von einer „insgesamt positiven Finanzentwicklung“ und bezeichnete das Szenario des Haushaltsausgleichs 2020 als „nach wie vor realistische Perspektive“. Harzheim lobte verträgliche Steuer- und Gebührensätze und die weitere Entschuldung um 1,5 Millionen Euro, für die es aber auch höchste Zeit werde, nachdem man seit 2008 22,4 Prozent des Eigenkapitals aufgezehrt habe. Harzheim ging auf die SPD-Initiative zur Aussetzung der Erhebung von Straßenausbaubeiträgen ein und begrüßte es ausdrücklich, dass die Gemeinde bis Ende Juni keine Beiträge dazu erhebe. Er hob die Einnahmen aus der Windkraft hervor, auch wenn deren Ausbau in Waldgebieten ökologisch nicht unproblematisch und für das Landschaftsbild nicht förderlich sei. „Aber wenn wir aus Atomkraft und Kohle aussteigen wollen, müssen wir etwas tun, damit der Strom auch zukünftig aus unseren Steckdosen kommt.“

„Keine umfassenden Einsparmöglichkeiten“ sieht die SPD auf der Ausgabenseite. Große Sorgen bereite dabei aber die Städteregionsumlage, besonders die Perspektive für die kommenden Jahre. „Seit Jahren vermissen wir bei der Städteregion einen ernsthaften Sparwil-

len, und die Hoffnung auf die einst versprochenen Synergieeffekte hat wohl niemand mehr“, meinte Gregor Harzheim, der feststellte: „Das System, dass die Städteregion das Geld ausgibt und dieses Geld dann von den Kommunen beim Bürger eintreiben lässt, hat sich nicht bewährt“, übte er vor allem Kritik an der schwarz-grünen Mehrheit im Städteregionstag.

Beim Blick auf die Investitionen fand Gregor Harzheim kritische Worte zur Schulpolitik der Ratsmehrheit. CDU und Grüne hätten „ohne Not den Grundschulstandort Kesternich geschlossen“, doch nun nehme die Schülerzahl stetig zu und müsse die Grundschule Steckenborn erweitert werden. Man trage den Kostenansatz von 645.000 Euro dennoch mit, da man das Versagen in der Grundschulpolitik nicht auf dem Rücken von Eltern und Kindern austragen wolle, meinte der Sozialdemokrat. Die SPD bekenne sich auch zur Sekundarschule wie zur Förderschule und habe zur Stärkung der schulischen Infrastruktur den Zuschuss zu den OGS-Kosten beantragt, der aber von der Mehrheit „leider ebenso abgelehnt wurde wie die Streichung der Investitionen für die Sammelunterkunft Langschoß“, für die man so schnell wie möglich eine Alternative benötige.

Als Investitionen in die Infrastruktur zählte Gregor Harzheim die Verbesserung des Personennahverkehrs, das gemeindliche Gebäudemanagement und die Instandhaltung der Gemeindestraßen auf, wobei er hier die Positio-

nen von Mehrheit und Opposition in vielen Punkten auf Augenhöhe sah. Bezüglich der städtebaulichen Entwicklung des Zentralortes warnte Gregor Harzheim vor „Gigantismus“ und rief stattdessen dazu auf, „auch die Wurzeln Simmeraths zu bewahren und zu pflegen“.

Insgesamt zeichne der Entwurf der Haushaltssatzung „ein zufriedenstellendes Bild von der finanziellen Situation der Gemeinde“, meinte der SPD-Sprecher abschließend. Da zudem zahlreiche Initiativen und Forderungen der SPD von der Verwaltung ganz oder teilweise aufgegriffen worden seien, könne die SPD dem Haushaltsentwurf zustimmen.

## UWG: Städteregion bremst

Auch Reinhold Köller sprach von einer insgesamt positiven Entwicklung des Simmerather Haushalts. „Von einer gigantischen Schuldenmaschine ist die Gemeinde nun auf dem Weg zu einem ausgeglichenen Haushalt“, meinte Köller und nannte gute Gründe dafür die anhaltend gute wirtschaftliche Entwicklung im Land, „paradiesisch“ niedrige Zinsen, neue Einnahmequellen wie die Windkraft, „die Lage Simmeraths im Zentrum Europas“, die fleißige Bevölkerung und faktische Wirtschaftsstruktur mit Gewerbe, Handel, Tourismus und Landwirtschaft“. Die Städteregion bezeichne die Verbesserung des Personennahverkehrs, das gemeindliche Gebäudemanagement und die Instandhaltung der Gemeindestraßen auf, wobei er hier die Positio-

gionsrat Grüttemeier verbinde die UWG die Hoffnung, dass sich die Behörde auf ihre Kernaufgaben konzentriere und die Umlage gesenkt werden könne, sagte Köller.

Als „nicht zielführend“ bezeichnete Reinhold Köller die Planungen zur Infrastrukturentwicklung des Zentralortes – Umgestaltung Bushof und „Neue Mitte Simmerath“ – und verwies auf den Änderungsantrag der UWG. Da dieser jedoch ebenso wie der UWG-Antrag auf mittelfristige Aufgabe der Sammelunterkunft Langschoß von der Ratsmehrheit abgelehnt wurde, stimmten die beiden UWG-Vertreter dem Gesamthaushalt 2019 nicht zu.

## Grüne: Möglichkeiten aufgezeigt

Klaus Stockschlaeder wunderte sich über die Haltung der Oppositionsfraktionen zu Langschoß, Radtourismus und Zentralort-Planung und zeigte auf, warum seine Fraktion hier auf einer Linie mit der CDU liege. Klar bekannte er sich für seine Fraktion auch zu Windkraft, Photovoltaik auf Gemeindegebäuden und zur Schaffung von neuem (Sozial-)Wohnraum.

Der Haushalt zeige „zahlreiche Möglichkeiten der Entwicklung unserer Gemeinde auf, an denen wir alle gemeinsam arbeiten können“. Der Haushaltsausgleich sei in Sicht, die Verschuldung sinke, und Steuern und Gebühren blieben zugunsten der Bürger stabil, meinte der Grünen-Sprecher und dankte dem Kämmerer für seine „stets mahnennden Worte zur Sparsamkeit“.

## FDP: „Es wird langsam...“

„Es wird langsam“, begann FDP-Sprecher Ben Steinborn seine Haushaltsrede und bezeichnete das Defizit von 550.000 Euro als „erträglich, wenn man absehen kann, dass ein ausgeglichener Haushalt 2020 greifbar nahe ist bei gleichzeitig reduzierten Schulden“. Eine nachhaltige Entwicklung der ganzen Gemeinde scheine möglich und lasse positiv in die Zukunft blicken, meinte Steinborn. Leise Kritik übte der FDP-Sprecher an der Intransparenz einiger Ansätze, bei denen man sich als Fraktion schlicht auf die Erfahrung der Verwaltung und ihrer Mitarbeiter verlassen müsse.

Kritisch bezog Steinborn auch Stellung zu einigen Punkten im Haushalt, so zum 400.000-Euro-Ansatz beim Immobilienmanagement. „Wir unterstützen die Ausgabe, aber dafür fordern wir jetzt auch einmal eine Beratung dazu ein, wie wir mit unseren Immobilien in den nächsten Jahren umgehen. Was halten wir in stand, was verkaufen wir, was verschenken oder überschreiben wir?“, fragte Steinborn. Die FDP unterstütze auch die Planungskosten für das Handlungskonzept zum Zentralort, trage aber nicht alle Ansätze aus dem Konzept von Professor Jahnen mit, meinte er. Ben Steinborn kündigte überdies an, in den nächsten Wochen einen Antrag zu verstärkter interkommunaler Zusammenarbeit der Nordeifelgemeinden vorzulegen. (hes)

# Guido Rosewich ist neuer Vorsitzender

Mitgliederversammlung der Volksmusikanten Vossenack. Standing Ovation für Gottfried Breuer.

**VOSSENACK** Die jährliche Mitgliederversammlung der Volksmusikanten Vossenack fand nun im Hotel zum Alten Forsthaus statt. Nach einer kurzen Begrüßung durch den Vorsitzenden Gottfried Breuer und dem Gedenken an die verstorbenen Mitglieder zog dieser ein positives Fazit des Vereins in den letzten zwölf Monaten. Hervorzuheben waren dabei die alljährlichen Frühjahrskonzerte und ein sehr gut besuchter Nachmittags der Volksmusik.

Der volle Terminkalender der 39 aktiven Orchestermitglieder zeigt, dass die „Volkis“ ein gern gesehener und gehörter Gast bei vielen

Veranstaltungen sind. Der Vorsitzende dankte in dem von Larissa Franke erstellten Geschäftsbericht insgesamt 328 Mitgliedern, von denen 99 aktiv und 229 inaktiv sind für ihre Unterstützung sowie allen ehrenamtlichen Helfern, der Gemeinde Hürtgenwald, dem Franziskus-Gymnasium Vossenack, dem Dirigenten Christoph Schiffers, dem Vorstand und dem gesamten Orchester. Geschenkumschneide für die Proben- und Auftrittsfleißigsten erhielten Gottfried Breuer und Herbert Kreuzt.

Im Kassenbericht wies Tobias Dauber auf eine positive finanzielle Lage des Vereins hin.

Bei den diesjährigen Wahlen wurde Gottfried Breuer nach insgesamt 23 Jahren Vorstandsarbeit mit Standing Ovation und lobenden Dankesworten seiner Vorstandskollegen von seinem Nachfolger Guido Rosewich abgelöst, der nun für die nächsten drei Jahre den Posten als Vorsitzender inne hat; Mareike Buch wurde für weitere drei Jahre für ihr Amt als 1. Beisitzerin wiedergewählt. Sarina Palm löst Julia Rosewich als neue Jugendleiterin ab, die fortan als neue Musikschulkoordinatorin dem Vorstand beizwohnt.

Der 2. Vorsitzende des Volksmusikerbundes NRW des Kreisverbandes Düren, Franz Madry, nahm

dann folgende Ehrungen vor: Für zehn Jahre aktive Mitgliedschaft erhielten Andre Haas, Alina Hürtgen, Christian Linzenich, Ben und Tim Schnettler die Bronzenadel des Volksmusikerbundes mit Urkunde. Für 20 Jahre aktives Musizieren wurde Pia Tüttenberg mit der silbernen Ehrennadel mit Urkunde geehrt. Die silberne Ehrennadel mit Urkunde wurde an Katharina Chudojar und Mareike Offermann für 25 Jahre aktive Mitgliedschaft im Volksmusikerbund verliehen. Für 40-jährige Tätigkeit erhielt Guido Rosewich und für 50-jährige Tätigkeit Christoph Braun eine Ehrung. Der Dirigent Christoph Schiffers



Die Geehrten der Volksmusikanten Vossenack.

FOTO: FRANK GREUEL

wurde für seine 20-jährige Dirigententätigkeit geehrt.

Für 25 Jahre inaktive Vereinsmitgliedschaft wurden von Gottfried Breuer danach folgende inaktive Mitglieder geehrt: Bernardin Amendt, Julia Niessen und Karl

Rambadt. Frank Linzenich erhielt für 40 Jahre Zugehörigkeit zu den „Volkis“ eine Ehrenurkunde. Die freuen sich nun auf die anstehenden Frühjahrskonzerte am 12. und 13. April, jeweils ab 20 Uhr, in der Aula des Franziskus-Gymnasiums.